

ANTRAG an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Burgenland am 22. November 2022

Aussetzen der Erhöhung der CO2 Steuer bis sich Preisniveau stabilisiert hat

Die Lage in der Transportwirtschaft spitzt sich immer stärker zu. Speziell die Klein- und Kleinstunternehmen leiden massiv unter der Last steigender Treibstoffpreise. Außerdem führen stark gewachsene Kosten für Fahrzeuge und Ersatzteile dazu, dass diese für kleinere Betriebe nicht mehr leistbar sind. Trotz mehrmaliger Einmahnung einer Verschiebung der CO2 Besteuerung, wurde diese mit 1. Oktober eingeführt. Besonders befremdlich ist in dieser Hinsicht, dass jene Funktionär:innen des ÖVP-Wirtschaftsbundes die noch im Juni für den SWV Antrag auf Aussetzen der CO2 Steuer gestimmt haben, bei der NR-Sitzung am 21. September gegen den ebenso darauf abzielenden SPÖ Antrag waren und die Einführung der CO2 Steuer somit besiegelten. Diese neue Steuer schlägt nun voll auf die Preise an den Tankstellen durch und wird im Gefolge der Rekordinflation von 10,5% im September den Preisauftrieb zusätzlich beschleunigen. Bereits jetzt müssen die Transportunternehmen, steigende Preise an die Kund:innen weitergeben, um überhaupt noch fahren zu können. Aber nicht alle Transportunternehmen können die steigenden Preise weitergeben. Oft sind die kleinen Transportunternehmen an fixe Jahresverträge gebunden und werden von großen Auftraggebern unter Druck gesetzt. So wurde schon vor der Krise der Preis gedrückt – mittlerweile sind die Auswirkungen insbesondere für EPU & KMU existenzbedrohend. Im Jänner wird der Anpassungspfad bei der CO2-Steuer fortgesetzt und der Steuerbetrag wird um 17% angehoben, der Liter Diesel wird um weitere 1,3 Cent teurer werden. Gleichzeitig verheißt die Fördermengenkürzung der OPEC+ Länder nichts Gutes in Bezug auf die Rohölpreisdynamik.

All das wird eine Kostenlawine auf EPU und KMU zurollen lassen und die wirtschaftliche Existenz vieler Betriebe dramatisch gefährden. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten darf die CO2 Steuer zumindest solange nicht mehr angehoben werden bis sich der Preisauftrieb auf einem erträglichen Niveau wieder stabilisiert hat. In einer Zeit der Rekordteuerung trägt die CO2 Steuer weniger zur Lenkung des CO2 Ausstoßes als vielmehr zur Existenzbedrohung tausender österreichischer EPU und KMU bei. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert dahingehend tätig zu werden, so dass sich die steigenden Spritpreise nicht noch stärker auf den Kaufkraftverlust der Österreicher:innen auswirken, und so dass kleinen Unternehmen das Überleben gesichert wird. Der SWV fordert daher die Aussetzung des Anhebungspfades der CO2 Steuer bis zu jenem Zeitpunkt an dem sich das Preisniveau von Treibstoffen wieder stabilisiert hat.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband BGLD stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Burgenland setzt sich bei den zuständigen Stellen dafür ein, dass die CO2 Steuer bis auf weiteres nicht noch zusätzlich angehoben wird. Eine Wiederaufnahme des Steueranpassungspfades soll erst dann erfolgen, wenn sich die Preise von Treibstoffen auf einem stabilen Niveau einpendeln. Weiters muss analog zum Klimabonus für Privatpersonen eine Entlastungsmaßnahme gesetzt werden, die die Kostensteigerungen durch die CO2 Steuer für Unternehmen abfedert.



Bmstr. Ing. Gerald Schwentenwein
Präsident

